

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Müdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Schriftleitung:

Berlin O., Müdersdorferstraße 60

Abonnements-Bestellungen, Anzeigen u. d. Art an die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag morgens 8 Uhr.

Erscheint jeden Sonntag...

Abonnementspreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne Postgebühren), bei Rufbestellung unter Kreuzband 1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Nummer 12.

Berlin, den 20. März 1910.

11. Jahrgang.

## Inhaltsverzeichnis.

**Reine Einigung über das Vertragsmuster.** — „Die Tatsachen zu!“ — Rundschau: Die Reichsversicherungsordnung. Die rheinisch-westfälischen Eisenmänner. Von der Tätigkeit der Fachabteilungen in Gleiwoj (Schlesien). Ueber die Geschäftslage in der Eisenindustrie. Praktiken des Zement-Syndikats. Eine deutsche Brauntweinstatistik. — **Wirtschaftliche Bewegung.** — **Erhebungen der Seite 4.** — **Verbandsnachrichten:** Cöln. Ahaus. Ahrath. Danzig. Düsseldorf. Emmerich. Gelsenkirchen. Gladbeck. Landau. Münster. Neustadt. Oppeln. Remscheid. Schroda. Schwarmstedt. Straßburg. Warenburg. Wilhelmshaven. Zellin. Jaroschin. — **Von den Arbeitsstellen.** — **Bekanntmachungen.** — **Sterbetafel.**

## Keine Einigung über das Vertragsmuster.

Die am Mittwoch, den 9. März, wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen dem Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und den in Betracht kommenden Arbeiterorganisationen sind abermals ergebnislos verlaufen. Nur in einigen, zum Teil unwesentlichen Punkten wurde ein Einverständnis erzielt, die Hauptdifferenzpunkte bleiben bestehen. Die Arbeitgeber halten fest an dem zentralen Tarifabschluss, den verschlechterten Bestimmungen über die Arbeitszeit und der Ueberstunden; sie fordern die Anerkennung von Einheits-, Durchschnitts- und Staffellohnen. Auf die Worte „gelernte, tüchtige Maurer- und Zimmerer-Gesellen“ wollen sie verzichten, wenn die Arbeitervertreter den erheblich verschlechterten Affordparagraphe des Arbeitgeberbundes annehmen. Die Worte „gelernte, tüchtige Bauhilfsarbeiter“ halten sie aufrecht. Von dem einseitigen imparitätischen Arbeitsnachweis gehen sie nicht ab. Für den Fall, daß die Arbeiter letzteren anerkennen, wären sie bereit, die Bestimmungen über die Tiefbauarbeiter, wonach deren Lohn und Arbeitszeit Gegenstand freier Uebereinkunft sein soll, fallen zu lassen. Der Agitationsparagraphe soll die seit herige Fassung behalten mit Ausnahme der Einstellung und Entlassung der Arbeiter. Anstelle „die Einstellung und Entlassung von Arbeiter ist Sache des Unternehmers“, soll es heißen „der Unternehmer“. Damit will sich der Arbeitgeberbund das Entlassungsrecht irgendwelcher mißliebiger Arbeiter sichern. Bezüglich der Arbeitszeit erklärte die Dreizehner-Kommission des Arbeitgeberbundes, an den Beschluß der Cölnner Generalversammlung gebunden zu sein, wonach dieselbe nicht unter zehn Stunden verkürzt werden soll. Mit einer dreijährigen Vertragsperiode erklärten sie sich einverstanden.

Nachdem der Arbeitgeberbund diese Stellung einnahm, mußten die Verhandlungen resultatlos verlaufen. Es kann den Arbeitern nicht zugemutet werden, die erheblichen Verschlechterungen des seitherigen Tarifmusters, wie sie von den Arbeitgebern beabsichtigt sind, anzuerkennen. Und sie werden das unter keinen Umständen tun.

Der „Arbeitgeberbund für das Baugewerbe“ hält am 22. März seine Generalversammlung in Dresden ab, die zu dem Ergebnis der Verhandlungen Stellung nehmen soll. Wie diese ausfallen wird, ist leicht vorauszusehen. Sollten die Unternehmer ein Ultimatum an die Arbeiterorganisationen stellen, werden diese ebenfalls ihre Generalversammlungen einberufen, die alsdann wahrscheinlich in der Woche vom 3. bis 8. April stattfinden werden. Da die jetzt bestehenden Verträge mit dem 31. März ablaufen, regten die Arbeitervertreter an, diese bis zu dem Stattfinden ihrer Generalversammlungen zu verlängern. Die Arbeitgeberkommission erklärte diese Anregung ihrer Generalversammlung zur Beschlussfassung unterbreiten zu wollen.

Nach der augenblicklichen Sachlage ist die Aussicht auf eine friedliche Lösung der Differenzen auf ein Minimum gesunken. Die „Kriegspartei“ im Unternehmerlager wird ihren Willen erreichen, und so wird der Kampf unvermeidlich sein. Halten wir uns das vor Augen, und treffen wir unverzüglich unsere letzten Maßnahmen. Ausgehungert sollen die Arbeiterorganisationen werden, damit das Unternehmertum ihnen seinen Willen aufzwingen kann.

Wir sind uns des Ernstes der Lage bewußt und wissen, was für die Arbeiter auf dem Spiele steht. Im Hinblick auf das Gerechte des von uns vertretenen Standpunktes, können wir nicht anders handeln, als bisher geschehen und nehmen dieshalb einen uns aufgezwungenen Kampf

auf. Und daß wir ihn zu führen verstehen werden, das wird die Zukunft lehren. In unsere Mitglieder aber geht die Mahnung: größte Opferwilligkeit und strengste Disziplin. Laßt den großen Augenblick kein kleines Geschlecht finden.

## Bericht über die Verhandlungen.

Die seitherigen Verhandlungsvertreter der Parteien traten am Mittwoch, den 9. März, nachmittags 2 Uhr, im Konferenzsaal des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe zusammen. Herr Baurat Felsch eröffnete die Verhandlungen mit einem Hinweis auf den Ernst der Situation. Um im Frieden zum Ziel zu kommen, dürften die Parteien nicht strikte auf dem einmal eingenommenen Standpunkte beharren. Leider haben die Arbeitgeber selbst wenig davon Gebrauch gemacht.

Zur Frage der Vertragskontrahenten, ob die örtlichen Organisationen die Träger der Verträge sein sollen oder die Zentralverbände, erklärten die Arbeitgeber, daß sie an ihrem Antrage, wonach nur zwischen den Zentralorganisationen abgeschlossen werden soll, festhalten. Die Arbeitervertreter lehnten das ab. Sie hielten an dem örtlichen Abschluß fest mit der Begründung, daß das Mitgliedschaftsrecht der Mitglieder, soweit wie sich das aus dem Antrag der Unternehmer ergebe, nicht beschränkt werden dürfe. Das Verantwortlichkeitsgefühl erfahre dadurch eine Stärkung, auch müsse das dem Einleben in den Tarifgedanken nur nützlich sein. Die Verschiedenheit der Verhältnisse, die auch in dem Vertragsmuster berücksichtigt seien, bewiesen aufs deutlichste, daß den örtlichen Bedürfnissen Rechnung getragen werden müsse. Besonders wichtig sei die gegenwärtige Rechtslage. Solange die Arbeiterorganisationen zivilrechtlich und praktisch günstiger gestellt sind wie die Arbeiterorganisationen, können die Arbeiter nicht auf diesen Antrag eingehen. Die Arbeiterorganisationen können nach der heutigen Rechtslage verklagt werden, also Schadenersatzpflichtig gemacht werden, können aber selbst nicht klagen. Die Arbeitgeberorganisationen dagegen könnten die Arbeiterorganisationen für irgendwelche Tarifverstöße einzelner Mitglieder haftbar machen. Die Arbeitgebervertreter erklärten darauf:

„Wir würden einen Zusatz in den Vertrag aufnehmen, nach welchem wir auf sekundäre Schadenersatzansprüche vor den ordentlichen Gerichten verzichten, falls die Vertragsabschlüsse zentral erfolgen.“

Die Arbeitervertreter erklärten, auf der Ablehnung beharren zu müssen; die Arbeitgeber hielten ihren Antrag aufrecht. Die letzten oder die eigentlichen Gründe dafür haben sie uns nicht mitgeteilt.

Dem Antrage der Arbeitgeber, das Tarifmuster etwaigen Verträgen zwischen ihren Unterverbänden und den Sektionen der Zentralverbände zugrunde zu legen, traten die Arbeiter bei, nur soll das nicht in den Vertrag aufgenommen werden, sondern als protokolllarische Erklärung festgelegt werden. Die Arbeitgeber sind damit einverstanden.

Ueber § 1, „Geltungsbereich des Vertrags“, wurde eine Einigung erzielt. In jedem Vertrage sollen alle Orte, auf die er sich erstreckt, namentlich angeführt werden.

Im § 2, „Arbeitszeit“, beantragten die Arbeitgeber, hinter „die normale Arbeitszeit“ zu setzen „für Lohn- und Affordarbeit“. Dafür wollen sie die vorgesehene Bestimmung in ihrem Affordparagraphe, wonach bei Affordarbeit die Arbeitszeit nicht verkürzt werden darf, fallen lassen. Die Arbeitervertreter hatten nichts dagegen einzuwenden. Daß bei ausreichenden Lichtverhältnissen die Arbeitszeit auf die normale verlängert werden darf, wenn es der Unternehmer oder dessen Stellvertreter für erforderlich hält, und zwar ohne Lohnzuschlag, lehnten die Arbeiter ab, sie wollen örtliche Regelung; die Unternehmer hielten ihren Antrag aufrecht. Es handelt sich darum, ob die Arbeit bei künstlichem Licht im Herbst und Winter über die all-gemein festgelegte ohne Lohnzuschlag verlängert werden darf. Auf die Arbeitszeit im Tiefbau kommen wir noch besonders zu sprechen. Die von den Arbeitern beantragte Regelung der Arbeitszeit an den Samstagen und den Tagen vor den hohen Feiertagen lehnen die Unternehmer im Tarifmuster ab, sie wollen das der örtlichen Regelung vorbehalten. Die Arbeiter sind damit einverstanden. Daß die Mittagspause während des ganzen Jahres eine Stunde betragen soll, lehnen die Arbeitgeber ab. Bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit unter zehn Stunden halten sie sich an ihren Röhner Beschluß gebunden. Die am 22. März in Dresden stattfindende Generalversammlung wird sich aufs neue damit befassen.

Bezüglich der Ueberstunden beantragen die Arbeiter, die Worte „im wesentlichen“ zu streichen; die Arbeitgeber halten sie aufrecht. Hinter die Worte „und bei ähnlichen Arbeiten“ wollen die Unternehmer die Erweiterung: „wenn hieron das technische Gelingen einer Arbeit abhängig ist“. Es wurde eine präzisere Fassung vereinbart, wonach sie heißen soll „Im letzteren Falle, wenn hieron usw.“. Mit einer genauen Präzisierung der Ueberstunden und der Nachtarbeit, wie das von den Arbeitern

beantragt ist, sind die Unternehmer einverstanden, die bezüglich der Sonntagsarbeit lehnen sie ab.

Im Lohnparagraphe wollen die Unternehmer den Einheits-, Durchschnitts- oder Staffellohn aufrechterhalten. Sie erklären sich bereit, die Art der gezahlten Löhne in den einzelnen Orten beizubehalten, also wo Staffellohne bestehen, sollen sie bestehen bleiben, wo Staffellohne bestehen, die Staffellohne usw. Die Arbeitervertreter lehnten das ab. Wenn schon etwas Einheitliches geschaffen werden sollte, müßten es auch die Löhne sein; die Arbeiter müßten auf dem Einheitslohn bestehen bleiben. Die Worte „gelernte, tüchtige... Gesellen“ wollen die Unternehmer gegen die Uebereinkunft ihres Affordparagraphe eintauschen, die Worte „gelernte, tüchtige Bauhilfsarbeiter“ dagegen halten sie aufrecht. Da die Arbeiter das ablehnten, bleibt die Forderung des Arbeitgeberverbandes vollinhaltlich bestehen. Auf die Festlegung einer Gegenleistung wollen die Arbeitgeber im Vertragsmuster nicht bestehen bleiben, wünschen das aber eventuell in einer protokolllarischen Erklärung. Die Arbeiter lehnen den Antrag infolge der Unmöglichkeit seiner Durchführung ab. Die Löhne für Erd- und ungelübte sogenannte Hilfsarbeiter und für zwangsweise überwiesene Arbeitslose der freien Vereinbarung zu überlassen, lehnten die Arbeiter ab, die Unternehmer hielten ihren Antrag aufrecht. Bei den Zuschlägen für Ueberstunden usw. soll es anstatt „bereinstimmend“ „bezahlt“ heißen. Bezüglich der Lohnfestsetzung für Junggesellen, jugendliche Arbeiter, für solche, welche wegen Alter oder Invalidität in ihrer Leistungsfähigkeit beschränkt sind, halten die Arbeitgeber an dem seitherigen Modus fest. Die von den Arbeitern beantragte Lohnfestsetzung für Junggesellen lehnen sie ab. Die Bestimmung, wonach die Arbeiter verpflichtet sein sollen, wenn sie bei unorganisierten Arbeitgebern beschäftigt sind, nur zu den vertraglichen Bestimmungen zu arbeiten, soll eine paritätische Fassung erhalten, worüber der Wortlaut noch zu vereinbaren wäre.

Zu der Affordarbeit haben die Arbeiter beantragt, den seitherigen Passus im Vertragsmuster zu streichen und diese der örtlichen Regelung zu überlassen. Sie erklärten nunmehr, es eventuell bei dem seitherigen Zustand zu belassen. Die Arbeitgeber beantragen, daß die Affordarbeit zulässig und die Parteien sich jeder hindernden Einflusses auf diese zu enthalten hätten. Damit soll den Arbeiterorganisationen jeder Einfluß auf die Affordarbeit genommen werden, den Arbeitgebern stünde es jedoch frei, zu beschließen, nur noch in Afford arbeiten zu lassen. Die Affordpreise sollen ferner der freien Vereinbarung unterliegen und sollen sich die vertragsschließenden Organisationen verpflichten, bei der Festsetzung der Preise „keinerlei Einfluß auf ihre Mitglieder auszuüben“. Auf diesen für die Arbeiter unannehmbaren Anträgen blieben die Unternehmer bestehen. Darauf einzugehen, hieße ja die Arbeiter vertraglich der Willkür der Unternehmer ausliefern.

Die von den Arbeitern beantragte wöchentliche Lohnzahlung, und daß dieselbe Freitag stattfinden soll, lehnten die Arbeitgeber ab. Sie wollen es bei dem seitherigen Zustand belassen mit dem Zusatz, daß dort, wo vierzehntägige oder halbmonatige Lohnzahlungsperioden üblich sind, diese nicht verkürzt werden dürfen. Sie änderten das nunmehr dahin, daß letztere beibehalten werden dürfen. Die Arbeiter erklärten sich damit einverstanden. Da die Arbeitgeber die von den Arbeitern zu § 7 vorgeschlagene Regelung der Auflösung des Arbeitsverhältnisses im Vertragsmuster ablehnen, dieses wie seither der örtlichen Vereinbarung überlassen wollen, wurde im § 8 die Bestimmung aufgenommen, daß in Orten, wo Ründigungsfristen bestehen, das Arbeitsverhältnis außer bei Materialmangel auch bei polizeilicher Anordnung, Sicherung des Baues durch den Bauherrn, Betriebsstörung der Materialförderungsanlagen usw. sofort gelöst werden kann, wenn sich der Arbeitgeber nicht rechtzeitig zur Zahlung des Lohnes bereit erklärt hat.

Da die Arbeitgeber auf dem zentralen Vertragsabschluß bestehen, wollen sie den örtlichen Schlichtungskommissionen die Schlichtung von Streitigkeiten nur so weit überweisen, als die örtlichen Zusätze zum Vertragsmuster in Betracht kommen. Den Vorsitz in der Schlichtungskommission soll nur ein Arbeitgeber führen. Das lehnen die Arbeiter ab. Mit dem Vorschlag der Arbeiter, daß Streitigkeiten nach Meldung bei dem Vorsitzenden der Schlichtungskommission innerhalb dreimal 24 Stunden geschlichtet sein sollen, lehnen die Arbeitgeber nicht grundsätzlich ab, sie wollen die Frist nur auf sechs Tage ausgedehnt wissen. Ebenso wollen sie eine bestimmte Frist für die Festlegung einer Geschäftsordnung für die Schlichtungskommission eingehen. Eine endgültige Vereinbarung wurde nicht getroffen. Bezüglich eines Schiedsgerichtes „über prinzipielle Fragen und über das Vertragsmuster“ bestehen keine grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten. Nur lehnen die Arbeiter die von den Arbeitgebern vorgeschlagene Form ab.

Bei allen Bestimmungen im Vertragsmuster, die davon reden, daß keine vertragswidrigen Sperrn, Streiks, Aussperrungen stattfinden dürfen, wollen die Arbeitgeber hinzugefügt wissen, daß „Warnungen vor Zuzug“ ebenso unterbleiben sollen.

Im § 10, „Allgemeines“, fordern die Arbeitgeber, daß das Zusammenarbeiten mit Anders- oder Nichtorganisierten auf ein und derselben Bau- und „Arbeitsstelle“ nicht beanstandet werden darf, ausgedehnt wird. Dagegen hatten die Arbeitervertreter nichts einzuwenden. Sie lehnen jedoch entschieden den weiteren Antrag des Arbeitgeberbundes ab, wonach die Einstellung und Entlassung von Arbeitern nicht Sache „des“, sondern „der“ Unternehmer sein soll. Das wäre das Maßregelungsrecht den Unternehmern vertraglich konzessiert. Die Unternehmer halten ihren Antrag aufrecht. Die Abigationsklausel soll bleiben wie bisher, nur soll die Befähigungsfeststellung, die bisher in den protokollarischen Erklärungen enthalten war, in das Vertragsmuster selbst aufgenommen werden. Letzteres lehnen die Arbeiter ab.

Entschieden lehnten sie den geforderten einseitigen unparteilichen Arbeitsnachweis der Unternehmer ab. Diese halten ihn aufrecht. Lange Erörterungen schlossen sich nicht daran, da von beiden Seiten bestimmte kategorische Erklärungen abgegeben wurden.

Das von den Unternehmern angebotene „Tauschobjekt“, die Arbeitszeit und den Lohn im Tiefbaugewerbe der freien Vereinbarung zu überlassen, wie sie beantragten, lehnten die Arbeiter ebenso entschieden ab. Das hieße ebenfalls die Arbeiter dieses Gewerbes der Willkür der Unternehmer vertraglich ausliefern.

Ueber die Dauer des Vertrages würden sich beide Parteien auf drei Jahre einigen.

Das ist im wesentlichen das Resultat der zweitägigen Verhandlungen. Daraus ergeben sich die tiefen Gegensätzlichkeiten zwischen den Parteien, aber auch, daß sie nur durch die Arbeitgeber hervorgerufen worden sind; denn es handelt sich nur um ihre zu dem seitherigen Vertragsmuster beantragten Verschlechterungen. Und sie allein trägt daher die Verantwortung für die Folgen, die nicht allein unabsehbar für das Baugewerbe sind, sondern für unser gesamtes Wirtschaftsleben.

### „Die Taschen zu!“

Eine eigentümliche Parole, so wird mancher denken. Noch vor 14 Tagen wurde an unserer Opferstirn appelliert, indem wir aufgefordert wurden, neben den erhöhten Wochenbeiträgen noch Extrabeiträge einzuführen, und heute die Parole: „Die Taschen zu“, wie meint sich das zusammen?

Wir antworten darauf, daß das, was vor 14 Tagen gefordert wurde, heute in erhöhtem Maße gefordert werden muß. Wo man bisher noch an eine friedliche Erledigung der Tarifverneuerung glaubte, ist man durch die Verhandlungen der vergangenen Woche eines anderen belehrt worden. Daher müssen wir heute nochmals an den Appell erinnern, welcher vor 14 Tagen an die Mitglieder erging.

Trotzdem wir an den Opferstirn der Mitglieder appellieren, halten wir es für unsere Pflicht, nach der anderen Seite hin ihnen zuzurufen: „Die Taschen zu!“

Nachdem die zentralen Verhandlungen am 9. und 10. d. M. geplatzt haben, daß die Arbeitgeber nicht gewillt sind, ihre einseitigen, für uns unannehmbaren Forderungen zum Vertragsmuster zurückzuziehen, wird es kaum noch ohne Kampf zur Tarifverneuerung kommen. Daß die Generalversammlung des Arbeitgeberbundes am 22. d. M. dem Gange der Dinge noch eine andere Wendung geben wird, wagen wir kaum noch zu hoffen.

Also, wir rechnen mit Kampf, und daher die Parole: „Die Taschen zu!“

Der Kampf wird nicht wochen-, er wird monatelang dauern. Die Arbeitgeber werden lernen müssen, daß sie nicht in der Lage sind, die Kampfesfähigkeit und die Kampfesausdauer der Bauarbeiter mathematisch zu berechnen. Es muß der Beweis erbracht werden, daß Menschen mit klarem Verstande und eigenem Willen nicht nach Schema F berechnet werden können.

Um aber den Arbeitgebern, welche in ihren Organen mit Anwendung des Einmaleins genau berechnet haben, wie lange der Kampf im äußersten Falle dauern könne, ein Schnippchen zu schlagen, vermeide jeder auch nur die kleinste unnötige Ausgabe, sowohl persönlich, wie auch in der Familie. Beschränke man sich also bei allem auf das Notwendigste.

„Die Taschen zu!“ So rufen wir jedem Kollegen zu. Hast du bisher an der Arbeitsstelle jedem Alkoholgenuss entsagt, nun, lieber Freund, dann verzichte bis auf weiteres auch am Abend, nach Feierabend, auf dein Schnippchen, auf dein Glas Bier. Kaufe auch eine Zigarette weniger, oder greife zu der billigeren Pfeife. Bedenke, weshalb du verzichtest. Es handelt sich um deine persönliche Freiheit. Es handelt sich um eine bessere Existenz. Eine große Sache aber kann nur gewonnen werden, wenn die Kämpfer Manner sind, welche verstehen, sich selbst zu beherrschen. Also: „Taschen zu!“

„Die Taschen zu“ auch in der Familie! Beherzeterer Kollege, kläre deine Gattin auf, um was es sich bei dem bevorstehenden Kampfe handelt, du wirst sehen, sie wird dein treuer Bundesgenosse. Vielleicht hat sie sich den Betrag für einen neuen Sommerhut schon zusammengespart. Bei richtiger Aufklärung wird sie den vorjährigen nochmals hervorjagen und vorschnig weiter tragen. Verzichte bis weiterents dann auf die schon ausgeführte Frühjahrsstrawatte und werde auch die Kinderwünsche bis auf das Allernotwendigste zurückgestellt, kauft du schon weit ruhiger den kommenden Ereignissen entgegen. Sofern Mutter dann den Osterhasen — auch vielleicht den Braten — um ein kleines kleiner macht, wird auch der Osterhase nicht ganz so große Ansprüche stellen, und so wird allmählich manches gewonnen. Also: „Den Daumen auf den Beutel!“

„Die Taschen zu“, der lediger, junger Mann. Du hast bisher so manchen Groschen, so manchen Mark springen lassen. Es wäre manchmal gut gewesen, wenn du die Mark nochmals zwischen den Fingern umgedreht hättest, vielleicht hättest du sie dann nicht herausgelassen. Doch Vergangenes ist nicht zu ändern! Aber einen guten Vorsatz mußst du dir heute auch fassen. Die Wunde

dieser anders lauten, als: „Die Taschen zu!“ Bei allen früheren Kämpfen, welche wir zu führen gezwungen waren, haben die ledigen Kollegen ihren Mann gestellt. Im Jahre 1910 darf es nicht anders sein, daher richte auch du deine Finanzen ein. Während der bevorstehenden Feiertage kannst auch du manches sparen: du wirst manches sparen, wenn du recht oft an unsere heutige Parole: „Die Taschen zu“, denkst.

Denken wir alle einmal recht gründlich über die Tragweite des bevorstehenden Kampfes nach und vergegenwärtigen wir uns die Wucht der Arbeitgeber, dann wird jeder mit uns einstimmen in die Parole:

„Die Taschen zu!“

### Rundschau.

Die Reichsversicherungsordnung wird dem Reichstage, nachdem sie vom Bundesrat angenommen worden ist, nach erfolgter Brudlegung des sehr umfangreichen Entwurfes in wenigen Tagen zugehen. Die erste Lesung des Entwurfes findet im Reichstage nach Ostern statt. Man glaubt nicht, daß die mit der Vorberatung betraute Reichstagskommission den Sommer über tagen wird, sondern nimmt an, daß die Kommission im Herbst ihre Arbeiten früher als das Plenum aufnehmen wird.

Die rheinisch-westfälischen Eisenmänner lassen in ihrem Kampfe gegen die Arbeitsämtern nicht nach. In einer am 8. März in Düsseldorf stattgefundenen Sitzung nahmen sie folgende Resolution an:

Die nordwestliche Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen haben wiederholt hervorgehoben, daß der Interessenausgleich zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Ziel ist, das die Industrie immer angestrebt hat, da sie selbstverständlich friedliche Verhältnisse dem Kampf und Streite vorzieht, und daß sie deshalb durchaus Mittel und Wege willkommen heißen, die zum Frieden zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern führen. Als ein hierfür taugliches Mittel können sie den nunmehr dem Reichstag vorliegenden Gesetzentwurf betreffend die Arbeitsämtern um so weniger erachten, als er gegenüber den früheren Entwürfen, deren Unannehmlichkeit die Industrie mit großer Einmütigkeit betont hat, in wesentlichen Punkten eine Verschlechterung darstellt. Als eine solche muß vor allem die Bestimmung des § 3 gerechnet werden, nach der die Arbeitsämtern auf Anrufen der Beteiligten beim Abschluß von Tarifverträgen mitzuwirken verpflichtet sind. Daß Tarifverträge für den bei weitem ausschlaggebenden Teil der Großindustrie unbrauchbar sind und ihr Abschluß zu den größten Unzuträglichkeiten führen würde, haben wir oft genug nachgewiesen. Diese Bestimmung im § 3 würde also von vornherein eine Quelle des Zwistes in den Arbeitsämtern sein, deren Zweck dahin gehen soll, eine Einrichtung des Friedens zu sein. Die Verpflichtung der Arbeitsämtern, die Einrichtung von paritätischen Arbeitsnachweisen zu fördern, sowie die Ermöglichung der Veranstaltung von Umfragen über die gewerblichen und wirtschaftlichen Verhältnisse durch die Arbeitsämtern rechnen wir ebenfalls dahin und beziehen uns dieserhalb auf die früher von uns gefaßten Beschlüsse. Andere Einzelheiten des Entwurfs, den wir in der vorliegenden Fassung verwerfen, werden wir in Gemeinschaft mit dem Zentralverband deutscher Industrieller in seiner im April d. J. stattfindenden Delegiertenversammlung erörtern.

Und diese Herren wollen sich den Interessenausgleich zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Ziel gesetzt haben. Das glauben wir uns auch noch andere nicht.

Von der Tätigkeit der Fachabteilungen in Gleiwitz (Schlesien) weiß das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes zu erzählen. In Gleiwitz finden seit einigen Wochen Verhandlungen statt zwischen den Unternehmern und den in Betracht kommenden Organisationen der Arbeiter (christlicher, sozialdemokratischer und Hirsch-Dunckerischer Verband) zwecks Erneuerung des am 12. Februar abgelaufenen Tarifs. „Als in der letzten Sitzung der Verhandlungskommission eine Verständigung über die Verkürzung der Arbeitszeit und die Lohnerhöhung nicht erzielt wurde“, so erzählt das vorhin genannte Organ, „mahnte ein Vertreter der Arbeitgeber die Arbeiter, den Bogen nicht zu straff zu spannen, denn es bestehe noch eine andere Organisation, die Fachabteilung der katholischen Arbeitervereine (St. Berlin), welche ihm erklärt hätte, unter keinen Umständen den von den anderen Organisationen mit den Arbeitgebern vereinbarten Tarif anzuerkennen.“ Es ist mir ein Entzücken in die Mitgliederliste gewährt worden und ich bin ganz erstaunt über die Höhe der Mitgliederzahl gewesen. (Diese Zahl wurde dann auf 120 angegeben.) Wenn wir also mit dieser Organisation zu einer Einigung kommen, können ihnen also bedeutende Schwierigkeiten erwachsen usw.“ Demnach wollen die Fachabteilungen allen Anstrengungen nach versuchen, hinter dem Rücken der Arbeiterorganisationen einen Vertrag mit den Unternehmern abzuschließen, in welchem vielleicht — wie bei der Bauarbeiterbewegung in Oberschlesien — die bisherigen Mindestlöhne zu Höchstlöhnen erhoben werden. Das Schönste an der ganzen Sache ist aber, daß die Holzarbeiter-Fachabteilung in Gleiwitz ganze sieben Mitglieder hat, die in Privatbetrieben beschäftigt sind. Und nur solche Mitglieder kommen beim Tarif in Betracht.

„St. Berlin“ scheint hier das gleiche Spiel zu treiben wie beim vorjährigen Bauarbeiterkampfe.

Ueber die Geschäftslage in der Eisenindustrie wird der „Dortmunder Zeitung“ geschrieben: Das Urteil über die Gesamtlage der schweren Eisenindustrie lautet im allgemeinen nach wie vor befriedigend. Es ist zwar bekannt, daß die deutschen Staatsbahnverwaltungen in Eisenbahnmaterial nur mäßig abruhen, hingegen ist das Geschäft in Kesselmaschinen und Grubenmaschinen, besonders mit dem Auslande, wozu auch in Eisenbahnmaschinen viel gekauft wird, lebhaft. In Halbzeug, Walzdraht, Stabstahl und Blechen sind die meisten Werke voll besetzt für die Zeit, auf die man überhaupt verkauft, und die Ausführungsbestellungen gehen flott ein, so daß die Werke mit Arbeit gut besetzt sind. Die Stabstahlpreise sind neuerdings beinahe wieder erhöht worden, nämlich je die Tonne um 4 M für Süddeutschland und 2 M für Norddeutschland, und auch der Walzdrahtpreis wurde um 2,50 M für die Tonne angehoben, worin zum Ausdruck kommt, daß man in Westfalen der Geschäftslage Vertrauen schenkt. Die Beschäftigung ist in diesen Tagen auf allen Werken gleichmäßig, auf mehreren ist der Eingang von Ausführungsbestellungen nicht so befriedigend.

Praktiken des Zementsubsidats. In der Stadtverordnetenversammlung in Solingen entspann sich bei der Vergebung der Zementlieferung für die Kanalisation eine ausgedehnte Aussprache über Maßnahmen des Rheinisch-Westfälischen Zementsubsidats, das auf Antrag von sechs Bauunternehmern der Firma Geatz früher hier die Zementlieferung geliefert hat, weil sie den

Zement, den sie für 302 M pro 10 000 Kilogramm kauft, die Stadt Solingen für 312 M angeboten hat, während die übrigen Firmen gleichlautende Offerten zu 320 M abgegeben hatten. Von Angehörigen aller Parteien wurde das Vorgehen des Subsidats beurteilt, da man aber keinen anderen Weg kennengelernt zu erhalten, mußte der vom Subsidat vorgeschriebene teure Preis angenommen werden. Der Verwaltung wurde weiter empfohlen, mit anderen Städten in Verbindung zu treten und den Verkauf eines gemeinsamen Zementverkaufs durch einen Zweckverband der Städte anzuregen.

Eine deutsche Brauntweinstatistik. Nach der Statistik über die Brauntweinbrennerei und Brauntweinbestimmung in Deutschland während des Betriebsjahres 1908/09 wurden im ganzen 4 255 121 Hektoliter Alkohol hergestellt, also gegen das Vorjahr 236 810 Hektoliter mehr. Selber die Verteilung des Brauntweinbrennererzeugnisses von 1887 weist uns das Jahr 1905/06 mit 4 376 695 Hektoliter ein größeres Ergebnis auf. Von der Gesamtmenge entfallen auf die landwirtschaftlichen (Parosselfbrennereien) 3 392 729 Hektoliter (1907/08: 3 118 604 Hektoliter), auf die landwirtschaftlichen Getreidebrennereien 291 685 Hektoliter (1907/08: 291 346 Hektoliter), auf die gewerblichen Parosselfbrennereien 26 456 Hektoliter (1907/08: 29 809 Hektoliter), auf die gewerblichen Getreidebrennereien 408 878 Hektoliter (1907/08: 437 182 Hektoliter), auf die Melassebrennereien 86 779 Hektoliter (1907/08: 103 469 Hektoliter) und auf die übrigen gewerblichen Brennereien 141 Hektoliter (1907/08: 95 Hektoliter). Der Verbrauch an steuerfreiem Brauntwein ist zurückgegangen. Er betrug 1908/09 nur 1 480 041 Hektoliter gleich 2,3 Liter auf den Kopf der Bevölkerung gegen 1 592 272 Hektoliter gleich 2,5 Liter auf den Kopf im Jahre 1907/08. Die Abnahme entfällt ausschließlich auf den Minderverbrauch von vollständig denaturiertem Spiritus (1908/09: 992 745 Hektoliter gegen 1 127 224 Hektoliter im Jahre 1907/08), während der Verbrauch an vollständig denaturiertem Brauntwein und die Abnahme von steuerfreiem Brauntwein durch Denaturierung gestiegen sind. Ersterer betrug 469 257 Hektoliter gegen 413 831 Hektoliter im Jahre 1907/08, letzterer 26 045 Hektoliter gegen 21 214 Hektoliter im Vorjahre. Der Gesamtverbrauch von Brauntwein — verzolltem, versteuertem und steuerfreiem — belief sich im Jahre 1908/09 auf 4 130 689 Hektoliter gleich 6,5 Liter auf den Kopf der Bevölkerung gegen 3 981 891 Hektoliter bzw. 6,3 Liter auf den Kopf im Jahre 1907/08.

### Wirtschaftliche Bewegung.

Gesperert sind: Ludwigshafen (Zimmerer), Völkde (Speyer) über das Geschäft des Unternehmers Wiehe; derselbe weigert sich, den abgeschlossenen Vertrag innezuhalten. Ratingen b. Düsseldorf (Maurer und Bauhilfsarbeiter), Steinhausen, Gesperert ist die Ziegelei F. W. Kollf. Halle i. W.; der Arbeitgeber Zwelmele weigert sich, den tarifmäßigen Lohn zu zahlen. Hannover (Dachbeder), Speyer über die Firma Kust und die Hannoverische Bedachungs-Gesellschaft, Köln, Gesperert sind die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurlbaum aus Bonn. Zuzug ist fernzuhalten.

### Erbhöhungen der Beiträge.

Wie ernst unsere Mitglieder die gegenwärtige Lage auffassen, ergibt sich aus den gefaßten Beschlüssen über die Erhöhung der Beiträge. Die Zahlstelle Cappel beschloß einen Extrabeitrag von 3 M für die gelernten Berufe und 2,50 M für die Bauarbeiter zu erheben. Bocholt, Dorsten, die Verwaltungsstelle Essen, die Verwaltungsstelle Sothum, die Verwaltungsstelle Hamm, die Verwaltungsstelle Dortmund mit Ausnahme der Stadt selbst neben einer Erhöhung der wöchentlichen Beiträge um 10 Pf. einen Extrabeitrag von 2 M für gelernte und 1,50 M für Bauhilfsarbeiter. — Köln, Pflasterleger erhöhten die Wochenbeiträge von 85 Pf. auf 1,00 M. Dazu bis zum Beginn des Kampfes bzw. Erledigung der Lohnbewegung 1,00 M. Extrabeitrag, also 2,00 M. wöchentlich. Köln, Maurer, Zimmerer, Stuckateure, Zementarbeiter ließen die Erhöhung des Wochenbeitrages von 10 Pf. seitens des Zentralvorstandes und Verbandsausschusses gut und beschlossen einen Extrabeitrag von 2,00 M. — Wülheim a. Rhein erhöhte den Wochenbeitrag von 70 Pf. auf 85 Pf. und beschloß einen Extrabeitrag von 2,00 M. — Raik a. Rhein erhöhte den Wochenbeitrag von 70 Pf. auf 85 Pf. für Maurer, 60 Pf. auf 75 Pf. für Hilfsarbeiter, außerdem einen Extrabeitrag von 2,00 M. — Hamburg erhöhte den Wochenbeitrag um 20 Pf., Garbrunn 3 Extramarke à 50 Pf., Tzheim erhöhte den Beitrag von 50 auf 65 Pf., Trier, Stuckateure, den Wochenbeitrag von 50 auf 70 Pf., Tzroda einen Extrabeitrag von 50 Pf., Jaroschin einen Extrabeitrag von 1 M., Düsseldorf erhöhte den wöchentlichen Beitrag während des Kampfes auf 1 M. und 1,20 M. Gelsenkirchen, Zimmerer und Dachbeder, einen Extrabeitrag von 3 M., Gelsenkirchen, Verwaltungsstelle, einen Extrabeitrag von 2 M. Das sind Beispiele von Opferwilligkeit.

### Verbandsnachrichten.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können noch Montagmorgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.) Wir machen die Mitglieder in ihrem Interesse darauf aufmerksam, daß am 20. März der dritte Wochenbeitrag fällig ist.

### Stuckateure und Verputzer.

Köln. Am 27. Februar fand unsere diesjährige Generalversammlung mit Vorstandswahl statt. Nachdem verschiedene geschäftliche Angelegenheiten erledigt waren, erstattete Kollege Breitenstein den Jahresbericht. Einleitend wies er darauf hin, daß die Verputzer unter den Folgen der Krise im Berichtsjahr sehr zu leiden gehabt hätten. Die Arbeitslosigkeit unter den Kollegen war groß, dazu kamen Verschlechterungen aller Art in bezug auf die Tarifabgabepreise seitens der Arbeitgeber. Die Organisationen nahmen hierzu energig Stellung, und durch eine Anzahl Bausperren konnten die verschlechterten Unternehmern erzwungen werden, die tariflichen Abmachungen innezuhalten. Die Stuckateure haben ihren Tarif am 1. Januar gekündigt. Gleichzeitig sind neue Forderungen gestellt, jedoch haben bis jetzt noch keine Verhandlungen stattgefunden. — Uebergehend zur inneren Arbeit der Sektion kritisierte der Vorsitzende die letzten Versammlungsbeschlüsse sowie die vielfach tagende drückende Gleichgültigkeit im Verbandsleben, wodurch die gesamte



sich die Tragweite dieses Beschlusses mehr durch den Kopf gehen lassen. Nach einer längeren Richtigerstellung und Aufklärung des Vorkommnisses schloß der Vorsitzende die lebhaft verlaufene Versammlung. Zur Beschlussfassung eines besonderen Extrabeitrages ist es nicht gekommen.

**Münster (D. Schl.).** Mittwoch, den 23. Februar hielten wir unsere Generalversammlung ab, welche in Anbetracht der zurzeit geringen Arbeitsgelegenheit am hiesigen Ort gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909, 2. Jahresrechnung von 1909, 3. Vorstandswahl. Punkt 1 und 2 erstattete Kassierer Kollege F. Besele. Im Jahr 1909 wurden für verkaufte Marken vereinnahmt 451,60 M. Einnahme für die Hauptkasse 329,78 M. Ausgabe für die Hauptkasse: Krankengeld in 7 Fällen für 233 Tage 69,90 M. Sterbegeld in einem Falle 24 M., Summa 93,90 M. Die Einnahme für die Nebenkasse betrug 128,32 M., die Ausgabe 112,56 M. Somit am Schlusse des Jahres 1909 Kassenbestand 16,76 M. Zu Punkt 3 der Tagesordnung wurden folgende Kollegen gewählt: Vorsitzender A. Schuster, Stellvertreter G. Hüner; Kassierer F. Besele, Schriftführer K. Langer, Beisitzer A. Teuer und P. Schulte. Wegen nun alle Kollegen an der Stärkung der hiesigen Zahlstelle mit Eifer und Opferfreudigkeit arbeiten, damit der Mitgliederzuwachs, der Anfang des vorigen Jahres einsetzte, welches ein Jahr der Krise für die Zahlstelle gewesen ist, infolge der Mißwirtschaft in punkto Kassenführung, die nicht ohne Einwirkung blieb, und die geringe Arbeitsgelegenheit am hiesigen Ort, und somit viele Kollegen auswärts Arbeit nehmen mußten, wieder weitgemacht wird.

**Duppeln.** Am 20. Februar hielt die Verwaltungsstelle Duppeln die diesjährige Generalversammlung ab. Dieselbe wurde mit folgender Tagesordnung eröffnet: 1. Jahresbericht und Kassenbericht. 2. Vorstandswahl. 3. Verschiedenes. — Zu Punkt 1 erstattete unser Kassierer den Jahresbericht. Im Laufe des Jahres waren 128 Mitglieder. Neuaufgenommen wurden 91, zugereist sind 22 Mitglieder, abgereist sind 30, ausgeschieden wurden 11 Mitglieder, somit am Schlusse des Jahres 200 Mitglieder. Davon sind 192 Maurer, 5 Zimmerer, 2 Dachbeder und 1 Fliesenleger. Die Einnahmen betrugen 2280,20 M.; hiervon wurden 1663,62 M. an die Zentralkasse abgeführt, während für die Lokalkasse 625,58 M. verblieben. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Franz Kurpiers als erster, Kollege Peter Krawitz als zweiter Vorsitzender; Kollege Rokus Dkon als erster, Kollege Ignaz Kurpiers als zweiter Kassierer; Kollege Michael Späth als erster, Kollege Joseph Jonietz als zweiter Schriftführer. Zu Revisoren wurden die Kollegen Peter Mucha und Joseph Sawol, zum Türkontrollen Kollege Johann Kurpiers gewählt. Unter Verschiedenes wurde von der Generalversammlung beschlossen, den Zahlstellen 10 Prozent von der gesamten Einnahme zu gewähren. Mit den 10 Prozent sollen die Zahlstellen ihre im Laufe des Quartals entstandenen Kosten decken. Die Abrechnung wurde von unserm Revisoren als richtig befunden. Die Kollegen wurden vom Vorsitzenden ermahnt, weiter dem Verbands Treue zu halten und die Versammlungen gut zu besuchen. Nachdem sich noch mehrere Kollegen ausgesprochen, wurde die Versammlung geschlossen.

**Münster (D. Schl.).** Am 27. Februar hielten wir unsere Ausschussführung ab. Auf der Tagesordnung standen: 1. Berichte der Zahlstellen. 2. Kassen- und Jahresbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Verschiedenes. Zu Punkt 1 berichteten die Zahlstellen über das verfloßene Jahr. Aus den Berichten ging hervor, daß die schlechte Bauaktivität bis zum Ausgang des zweiten Quartals angehalten habe, nachdem sie aber gehoben, so daß ausreichende Beschäftigung für die Kollegen vorhanden gewesen sei. Auch stehe für dieses Jahr eine gute Konjunktur im Baugewerbe bevor. Die Einnahme von 1909 hatte in allen Zahlstellen eine höhere Differenz zu verzeichnen. Die Bezahlung der Winterbeiträge ist auch besser wie früher. Die Kassenverhältnisse und Sachführung erfreuen sich auch einer stetigen Besserung. Die Ordnung und Ueberzicht wird immer mehr geliebt und überall mit Fleiß an der Ausbesserung gearbeitet. Hoffen wir, daß dieser Wille zur inneren und äußeren Vollkommenheit nicht nachläßt, sondern noch stets steigt. Erst dann arbeiten wir mit Vergnügen, aber auch mit Erfolg. Der Verwaltungsstellenkassierer Kollege Mergenthal gab den Kassenbericht vom dritten und vierten Quartal und den Jahresbericht. Aus dem Kassenbericht vom dritten Quartal ist zu entnehmen eine Einnahme von 1026 M., Ausgabe 865,01 M., blieb am Schlusse des Quartals noch einzunehmen 161,74 M. für die Zentralkasse. Die Einnahmen der Zahlstellen betrugen 673,76 M., die Ausgaben 327,83 M.; Bestand für das vierte Quartal 346,13 M. Mitgliederbestand am Schlusse des dritten Quartals 232. Die Einnahmen des vierten Quartals betrugen 935,75 M., die Ausgaben 744,01 M. Der Mitgliederbestand betrug am Schlusse des vierten Quartals 237. Die Einnahme der Verwaltungsstelle betrug 1544,73 M., die Ausgabe 1270,92 M., Ueberschuß 273,81 M. Die Gesamteinnahme vom Jahre 1909 betrug 3894,85 M., gegen die Einnahme von 1908 mit 3498,55 M. eine Steigerung von 396,30 M. Die Einnahme von 1907 mit 5036,85 M. ist also noch immer nicht erreicht. Es muß daher Aufgabe sein, unsere Mitgliederzahl in 1910 so zu steigern, daß wir nicht allein die Einnahme von 1907 erreichen, sondern weit überholen. Die Revisoren bekundeten, daß die Verwaltungsstellenkasse in besserer Ordnung sei. In den Vorstand wurden gewählt: Kollege Höber als erster Vorsitzender, Kollege Kramer als zweiter Vorsitzender, als Kassierer der Kollege Mergenthal, als Schriftführer die Kollegen Stähler (Stuff) und Wibel aus Bernep. Als Revisoren die Kollegen Diehl und Peter. Verschiedene interne Angelegenheiten fanden dann noch ihre Erledigung. Im Punkt Verschiedenes berichtete Kollege Lange-Cöln über den Stand unserer Lohnbewegung. Kollege Lange kennzeichnete insbesondere das Verhalten der Arbeitgeberpresse. Dort versuchte man die Sache so darzustellen, als wären die Führer der Arbeiter an der Verzögerung der Verhandlungen schuld. Die Arbeiter wollten eine Einigung, aber die Führer hielten zurück. Nach der Arbeitgeberpresse zu urteilen, würden wir an einem Kampfe nicht vorbeikommen, der aller Voraussicht nach am 15. April losbrechen würde. Die Schuld könne man den Arbeitern aber nicht zurechnen, da auf Grund des — Honorarvertragsmusters eine Verhandlung unmöglich wäre und die Unternehmer sich erst einmal über das Vertragsmuster mit uns verständigen sollten. Die Kollegen waren alle derselben Ansicht. Es wurde dann noch eine Anfrage gestellt, wie es sich mit dem Beschluß der Zahlstelle Kemscheid (Maurer) verhielt, der besagte, daß jetzt alle neuereintretenden Kollegen ein Eintrittsgeld von 3 M. zahlen sollten. Wie der Vorsitzende derselben Zahlstelle betonte, soll der Beschluß nicht für alle gelten, sondern nur für diejenigen, die schon wiederholt aufgenommen worden wären und für unvorüberliche Streikbrecher. Alle übrigen seien damit nicht gemeint. Nach einer kleinen Ermahnung, jetzt erneut in die Agitation einzutreten und die Schwächlichen an ihre Pflichten zu erinnern, was angesichts der Situation im Baugewerbe notwendig wäre, wurde die Sitzung um 5 1/2 Uhr geschlossen.

**Schroben.** Sonntag, den 6. März, tagte unsere übliche Mitgliederversammlung. Als Referent war der Kollege Kraus erschienen. Die Versammlung, welche gut besucht war, nahm nach einem sehr reichen Referat Kenntnis von der Beitragserschöpfung. Es wurde einstimmig dem Beschluß des Zentralvorstandes zugestimmt, den Wochenbeitrag auf 50 Pf. zu erhöhen. Außerdem wurde beschlossen, zur Stärkung der Zentralkasse einen freiwilligen Extrabeitrag von 50 Pf. pro Mitglied zu leisten. In der Diskussion wurde gerügt, daß mit einem Male der Baumeister Schmidt die Arbeit einstellen will, ebenso das Verhalten der Frau Schmidt, welche sich dazu hergibt, alte Frauen, die Mütter von jüngeren Kollegen, gegen den Verband

anzuwiegeln, indem sie droht, wenn der Sohn nicht aus dem Verbands austritt, erhält er keine Arbeit. Wir wollen ruhig abwarten. Nach einem kurzen Schlußwort des Kollegen Kraus an die Kollegen, den letzten Mann dem Verbands zuzuführen, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden, Kollegen F. Kaminski, mit einem Hoch auf die Ertüchtigung der Schroben Kollegen geschlossen.

**Schwarmstedt.** Am Sonntag, den 27. Februar, hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab. Dieselbe war sehr gut besucht. Kollege Zumbrodt, Hannover, referierte über die Tarifbewegung im deutschen Baugewerbe. Er zeigte uns so recht, welche Differenzen vorhanden seien und ermahnte die Kollegen, die Bewegung genau zu verfolgen. Sollte auch seitens unserer Organisation an die Mitglieder der Appell zu größerer Opferwilligkeit erfolgen, dann sollten die Kollegen freudig diesem nachkommen, welches auch einstimmig versprochen wurde. Nach Erledigung einiger sonstiger Punkte fand die Versammlung ihr Ende. Zu wünschen wäre es, wenn die Kollegen immer so zahlreich die Versammlung besuchten und eifrig an der weiteren Entwicklung der Organisation mitarbeiteten.

**Strasbourg (Elsaß).** Am 22. Februar fand unsere Generalversammlung im Lokal „Zu den drei Störchen“ mit folgender Tagesordnung statt: 1. Jahresbericht. 2. Kassenbericht. 3. Vorstandswahl. 4. Die Lage im deutschen Baugewerbe; Referent: Kollege Heinrich-Mühlhausen. 5. Verschiedenes. Den Jahresbericht erstattete Kollege Kiefer, aus dem wir folgendes hervorgehoben. Die Bauaktivität litt im Berichtsjahr noch außerordentlich unter den Einwirkungen der Wirtschaftskrise. Die Zahl der im Berichtsjahr in Strasbourg beschäftigten Maurer hat das Tausend nicht erreicht, wo hingegen in den Jahren 1905 und 1906 beinahe die doppelte Zahl Beschäftigung fand. Im Berichtsjahr wurden vier ordentliche Mitgliederversammlungen und eine Generalversammlung abgehalten. Vorträge wurden drei gehalten, und zwar einer vom Kollegen Wegel aus Karlsruhe über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften, einer vom Kollegen Kiefer über die gepante Arbeiterkolonie der Stadt Strasbourg. Kollege Kott (Bezirksleiter), Karlsruhe, sprach einmal über Tarifverträge und Lohnbewegungen. Als Delegierter zum Verbandstag nach Münster wurde Kollege Heinrich-Mühlhausen einstimmig gewählt. Vorstandswahl und Vertrauensmännerwahlen fanden vier statt. Der Terrorismus der „Genossen“ hat auch im Berichtsjahr seine Triumphe gefeiert. Wir wollen nur zwei traurige Fälle heranzogreifen. Ein Juni weigerten sich die „Genossen“, am Kanalbau in Reudorf mit Kollegen unserer Organisation zusammen zu arbeiten, worauf einige Kollegen entlassen wurden. Am 2. Juli drohten die „Genossen“ am Kanalbau wieder mit der Arbeitsunterbrechung, wenn unsere Kollegen nicht entlassen würden. Auch hier mußten unsere Kollegen dem Terrorismus der „Freiheitsheiden“ weichen. Am 25. April fanden die Wahlen zur Ortskrankenkasse statt, an denen sich auch die christlichen Gewerkschaften beteiligten. Wahlberechtigt waren 22168. Vom Wahlrecht machten 3709 Gebrauch. Die Genossen erhielten 2968, das christliche Gewerkschaftskartell 742 Stimmen. Diese Zahl bedeutet für die christlichen Gewerkschaften in der Stadt Strasbourg einen schönen Wahlerfolg. Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Kollege Schwedhelm. Die Einnahmen und Ausgaben stellen sich wie folgt: Für die Zentrale wurden vereinnahmt 907,45 M. Die Ausgaben betrugen u. a. für Krankenunterstützung (für 243 Kranke) 117,95 M., für Sterbenunterstützung 40 M., für Streikunterstützung 4,40 M. Die Lokalkasse vereinnahmte 428,89 M. Die Ausgaben betrugen 218,24 M. Somit verbleibt Lokalkassenbestand 210,65 M. In den Vorstand wurden folgende Kollegen gewählt: Kollege Kiefer als erster, Kollege A. Ami als zweiter Vorsitzender; als Kassierer Kollege Schwedhelm; Kollege Holzmann als erster, Kollege Jandowald als zweiter Schriftführer. Zum Punkt 4 der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Heinrich-Mühlhausen das Wort. Redner vorbereitete sich in einständigem Vortrag über die momentane Lage im deutschen Baugewerbe, und forderte die Kollegen zur tatkräftigen Mitarbeit für unsere Organisation auf. Zum Schluß kennzeichnete er die Kampfesweise der Sozialdemokratie im Elsaß uns gegenüber, besonders scharf beurteilte er das Verhalten der „Genossen“ Wohl, der unseren Verband bei dem Landesverband der Arbeitgeber verkleinert, und dem Vorsitzenden genannten Verbandes geraten hat, uns bei den Verhandlungen nicht zuzulassen, was auch geschehen ist. Der Redner machte jedoch der Versammlung die Mitteilung, daß ihm die Agitation von Strasbourg und Umgebung seitens des Zentralvorstandes übertragen worden sei, was von den Mitgliedern lebhaft begrüßt wurde. Hoffen wollen wir nun, daß sich im nächsten Berichtsjahre die Zahl der Mitglieder verdoppelt hat.

**Warendorf.** Unsere Zahlstelle hielt Sonntag, den 24. Februar, ihre Generalversammlung ab, die ziemlich gut besucht war. Zunächst wurde die Abrechnung des letzten Quartals bekanntgemacht und für richtig befunden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Darauf hielt der Kollege Stellenkamp einen kleinen Vortrag über die Pflichten eines organisierten Maurers. Er forderte die Kollegen auf, fleißig an der Organisation mitzuarbeiten und nicht alle Arbeiten allein dem Vorstande zu überlassen. Es sei Pflicht eines jeden Kollegen, nicht nur den Beitrag zu bezahlen, sondern auch dafür zu sorgen, daß es bald in Warendorf und Umgebung keinen Unorganisierten mehr gäbe. Eingehend erörterte Redner dann die Vorteile, die uns die Organisation bereits gebracht hat. Abschluß wurde zur Vorstandswahl geschritten. Es wurden gewählt bzw. wiedergewählt als erster Vorsitzender Heinrich Stellenkamp, zweiter Vorsitzender Christoph Zumbander; erster Kassierer August Kahlke, zweiter Kassierer Bernhard Blanke; erster Schriftführer Robert Vibel, zweiter Schriftführer Heinrich Post. Nachdem der neue Vorstand versprochen hatte, treu seine Pflicht zu erfüllen, wurde die interessante Versammlung geschlossen.

**Wilhelmshaven.** Nach fast dreijähriger härtester Krise im hiesigen Baugewerbe macht sich mit elementarer Gewalt eine Besserung bemerkbar. Die vielen leeren Wohnungen, welche durch übertriebene Spekulation geschaffen wurden, sind alle besetzt und es macht sich schon ein Wohnungsmangel bemerkbar. Vor allem mangelt es hier an größerer Wohnungen infolge des nach hier verlegten 1. Geschwaders, so daß nicht alle Offiziere und Beamte desselben momentan Unterkunft finden können. Als die Krise hereinbrach, wandte sich der hiesige Arbeitgeberverband an alle auswärtigen Banken, damit dieselben keine Baugelder nach hier geben sollten. Die Folge war, daß Privatbanken gar nicht mehr entstanden und sich die Bauaktivität nur auf festliche Arbeiten beschränkte. Jetzt, wo sich die Verhältnisse gebessert haben und sich Gelegenheit bietet für die Arbeitgeber, etwas zu verdienen, so werden sie zu ihrem größten Leidwesen gewahrt, daß sie sich mit ihrer Kreditwürdigkeit selbst ins eigene Fleisch geschnitten haben und sie jetzt selbst kein Baugeld bekommen, so daß jetzt auswärtige Firmen nach hier kommen und die Häuser bauen. Da die Wohnungsmieten jetzt rapide steigen und eine Wohnungsmiete eintreten kann, so hat die hiesige Stadtverwaltung ihr Bauhand zum Verkauf ausgeschrieben mit der Bedingung, daß es sofort bebaut wird. Da der hiesigen Arbeitgeberverband die Mieten noch nicht hoch genug sind, so beteiligten sie sich nicht mit Angeboten in der festen Meinung, daß niemand anders als sie hier bauen könnten, da sie ja den Kredit abgeschrieben hatten. Die Folge war, daß die Stadtverwaltung die Plätze an auswärtige Firmen verkaufte und so den hiesigen schlaunen Arbeitgeberverbänden die Arbeit vor der Nase vorbeigeht. Diese Herren Sozialpolitiker erheben nun ein großes Geschrei in einer Bürgerversammlung über ungerechte Behandlung vonseiten der städtischen Verwaltung. Es wurde ihnen aber entgegnet, daß man nicht geneigt sei, die Mietsteigerungen ins Unermeßliche gehen zu lassen. Neben der Privatbauaktivität

werden noch eine Reihe größerer öffentlicher Gebäude erbaut. Zunächst ist eine große Kaserne für 2400 Mann in Ungerode, dann zwei kleinere für je 300 Mann. Die Oldenburg Spar- und Leihbank läßt an der Wallstraße ein großes Gebäude errichten, außerdem wird eine lat. Kirche, eine und ein Pfarrhaus gebaut, auf der Westseite eine große Bauanstalt usw., so daß wir mit Recht auf eine gute Konjunktur rechnen können. Unsere Kollegen werden sich darum aneignen müssen, damit auch wir unsern wirtschaftlichen aus diesen Arbeiten haben. Reisende Kollegen werden ehe sie sich Arbeit suchen, sich bei unserm Vorsitzenden A. Waut, Kirchstr. 11, zu melden.

**Bellin (Bezirk Rattowitz).** Um die Zersplitterung der Kollegen zu beseitigen, haben wir uns untereinander beiseite eine Zahlstelle zu gründen, was am 7. November 1909 zu wurde. Bei der ersten Versammlung referierte Kollege und Kollege Stalek. Kollege Hock von der Verwaltung, Hock und Kollege Stalek von der Verwaltungsstelle Glogau. Wir hätten gern unsern Bezirksleiter Kollege Hardt in unserer Mitte begrüßt, derselbe referierte aber in der Versammlung der Verwaltungsstelle Duppeln und konnte nicht erscheinen. Obgleich unsere Zahlstelle erst seit kurzem besteht, zählt dieselbe aber schon beinahe 40 Mitglieder. Wenn wir uns unserem Verbands schon beigetreten. Es ist aber noch viel zu machen, ehe wir sagen können, daß schon alle organisiert sind; denn der Unorganisierten gibt's noch so viel. Darum müssen wir die ganzen Kräfte zusammenrufen um alle Kollegen für unsern Verband zu gewinnen. Es viele Kollegen, die mit großem Eifer für die Organisation arbeiten. Es sind aber auch viele, die gar nichts tun und also auf zu feischer Agitation.

**Bauarbeiter.** **Garroßchin.** Am Sonntag, den 6. März, tagte in unserer Zahlstelle eine gutbesuchte Versammlung. Kollege Kranz referierte die augenblickliche Situation im Baugewerbe, worauf die Notwendigkeit einer gut gefüllten Kriegskasse hervorgehoben wurde, warum der Zentralvorstand die Erhöhung der Beiträge zur Empfehlung von Extrabeiträgen beschloß, und erklärte einstimmig die Zustimmung den Ausführungen zu und erklärte einstimmig mit der Erhöhung der Beiträge einverstanden. freiwilligen Beitrag beschloß sie, wenigstens 1 M. zu zahlen und zwar für jeden Kollegen; es waren viele, die noch zahlen wollten. Es wurde beschlossen, 1 M. zu zahlen, auch steht es jedem Kollegen frei, noch mehr zu leisten. Die Unterstützung unter den Kollegen war groß, und ist zu hoffen diese auf lange Zeit anhält. Dann gilt es, unsere Mitglieder zu verdoppeln, damit wir den kommenden Stürmen entgegenstehen können. Nach Erledigung verschiedener dringender Angelegenheiten und drei Aufnahmen wurde die recht verlaufene Versammlung mit einem begeisterten Hoch an den Verband geschlossen. Die nächste Versammlung findet am 20. März statt. Es wird erachtet, daß die Kollegen sich zu daran beteiligen. — NB. Den Kollegen in Gora, M. Cizwica, Gofina und Siebenmünz zur Kenntnis, daß sie die Klagen von ihren Vertrauensleuten erhalten. Dieselben auch die Ermächtigung, gegen Ausbesserung von Beamten die Gelder zu kassieren. Die Kollegen in der Stadt der nächsten Umgebung haben sich in allen diesen Angelegenheiten an den Kollegen W. Matusziewicz, Plechener Straße wenden.

### Von den Arbeitsstellen.

**Berlin, 9. März.** Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich auf dem Neubau Friedrichstraße 235. Der auf Bau beschäftigte 49 Jahre alte Arbeiter Franz Körtling am Mariannenstraße 31 war dabei, eine mit Schutt beladene vom Dachgehock des dritten Seitenflügels auf den dort befindlichen Baumaterialenaufzug zu schaffen. Auf dem Aufzug führerord befanden sich aber im Erdgeschoß. Körtling fiel nicht davon überzeigte, ob der Aufzug auch oben fürgte aus einer Höhe von 20 Metern in die Tiefe. Körtling schweren inneren und äußeren Verletzungen erlitt er einen komplizierten Schädelbruch. Der Schwerverletzte wurde sofort ins Krankenhaus am Urban geschafft; er starb jedoch schon dem Wege nach dem Krankenhaus. Körtling, der erst zum erstenmal auf dem Neubau gearbeitet hatte, hinterließ eine Witwe und fünf, zum Teil uneheliche Kinder.

**Sonnbrück.** Ein bedauerlicher Unglücksfall ereignete sich am 4. März, gegen 4 Uhr nachmittags, an einem Neubau am Zinshaller Weg. Beim Anbringen der Windfeder stürzte der Zinshaller König aus einer Höhe von 16 Meter in die Tiefe und erlitt einen doppelten Schädelbruch sowie mehrere Armbrennen. Nachdem ihm die erste ärztliche Hilfe zuteil worden, wurde er nach dem Marien-Hospital transportiert, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, nach wenigen Stunden seinen Geist aufgab. Die direkte Ursache des Unfalles kann genau festgestellt werden, weil es keiner gesehen hat; zweifellos aber die Schwere des Unfalles auf mangelhaftes Schutzeisen zuzuführen. Wären die Schutzgerüste ihrem Zweck entsprechend gebracht und um die Hauptede, wo der Kollege heruntergefallen wäre, so wäre derselbe nur etwa vier Meter heruntergefallen und jedenfalls mit dem Leben davongekommen.

### Bekanntmachungen.

**Verwaltungsstelle Düsseldorf.** Tüchtige Verbandskollegen, Stukkateure, Bauarbeiter und Bauhilfsarbeiter, finden dauernde Beschäftigung. Zu melden auf dem Verbandsbureau, Lützenstraße 37.

**Mätzung! Berlin, Fliesenleger.** Alle im Fliesenlegergewerbe vorzunehmenden Beschwerden an den Obmann der Schlichtungskommission, Felix Preußner, Leiserstraße 12, zu richten. Vom 1. April wohnt derselbe Berlin, Ckerstraße 13.

**Sterbetafel.** Am 17. Februar starb unser treues Mitglied Anton Langenkämper infolge eines tödlichen Unfalles. Zahlstelle Kappenberg (Verwaltungsstelle Dortmund).

Am 28. Februar starb unser treues Mitglied Bernhard Wälschekamp im Alter von 42 Jahren infolge Bluthochdruck. Zahlstelle Dortmund (Maurer).

Am 4. März starb infolge eines Unfalles unser treues Mitglied und langjähriger Vertrauensmann Zimmerer Heinrich König im Alter von 22 Jahren. Zahlstelle Sonnbrück (Zimmerer).

Am 5. März starb unser treues Mitglied Johann Müller im Alter von 54 Jahren infolge Herzschlages. Zahlstelle Düsseldorf (Stukkateur).

Am 5. März starb unser Kollege Martin Lameck im Alter von 64 Jahren an Wasserleucht, Nieren- und Gebirgsleiden. Zahlstelle Köln (Zimmerer).

Ehre ihrem Andenken!